



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter
am 10.03.2016
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Willi Bargfrede

Abg. Wilfried Behrens

Abg. Jürgen Borngräber

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley Vertretung für Abgeordnete Doris Brandt

Abg. Hans-Jürgen Krahn Vertretung für Abgeordneten Hans-Hermann Engelken

Abg. Bernd Sievert

Abg. Ulrich Thiart

Vertretung für Abgeordneten Reinhard Bussenius

Abg. Thea Tomforde

Verwaltung

Ltd. KVD´in Imke Colshorn

KVOR Harald Glüsing

KA Kristin Sonnenberg

VA Tanja von Dombrowski

Gleichstellungsbeauftragte Ute Pommerien

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter vom 26.11.2015
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- 5 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 03.12.2015: Vermeidung von Stromsperrern von EWE durch die Einschaltung der Sozialämter
Vorlage: 2011-16/1241/1
- 6 Besetzung des örtlichen Beirats für das Jobcenter
Vorlage: 2011-16/1264
- 7 Erhöhung der Kofinanzierung für die Koordinierungsstelle "Frauen und Wirtschaft" im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/1288
- 8 Abschluss des Förderprogramms "Perspektive 50 Plus" zum 31.12.2015
Vorlage: 2011-16/1287
- 9 Bericht zum Stand der Umsetzung des SGB II bei Leistungsberechtigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit
Vorlage: 2011-16/1289
- 10 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Borngräber eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter vom 26.11.2015**

Vors. Borngräber nimmt Bezug auf die zu genehmigende Niederschrift über die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter am 26.11.2015.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter vom 26.11.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

KVD'in Colshorn berichtet über die Einstellung des Projektes „Müttertreff“, da es an ausreichenden Besucherzahlen fehlt. **Vors. Borngräber** bedankt sich im Namen des Ausschusses für das Engagement der an der Umsetzung des Müttertreffs beteiligten Personen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 03.12.2015: Vermeidung von Stromsperrern von EWE durch die Einschaltung der Sozialämter**
Vorlage: 2011-16/1241/1

KVOR Glüsing nimmt Bezug auf die ausführliche Mitteilungsvorlage und fasst den wesentlichen Inhalt kurz zusammen. Auf Grund der sowohl tatsächlichen als auch rechtlichen Problematik zu einem Datenaustausch mit Energieversorgern sollte aus Sicht der Verwaltung dem Antrag nicht gefolgt werden. Zu Energiesperren kommt es nach den Erfahrungen des Jobcenters nicht nur wegen geringem Einkommen, sondern durch generelle Probleme, mit einem vorhandenen Budget planvoll umzugehen. Es gilt auch bei diesem Thema das Prinzip der Stärkung der Eigenverantwortung, ergänzt **KVD'in Colshorn**. Das bedeutet, es wird beraten und unterstützt, jedoch nicht alles abgenommen. Rechtssicher kann durch Abstimmung mit den Energieversorgern und Bereitstellung von Beratungsunterlagen vorgegangen werden. **Vors. Borngräber** verweist auf ein Pilotprojekt zwischen der EWE und dem Jobcenter in Aurich, dass man sich anschauen kann. Der Antrag ist gewissermaßen ehrenhaft, denn zu Energiesperren darf es grundsätzlich nicht kommen, meint **Abg. Behrens** und möchte wissen, ob es ggf. andernorts besondere Verfahrensweisen zur Vermeidung von Versorgungseinstellungen gibt. Es gibt das so genannte Saarbrücker Modell, auf das der Antrag letztlich abstellt, erklärt **KVOR Glüsing**. Allerdings ist laut Internetveröffentlichungen die Partei Die Linke dort vor Ort mit diesem Modell nicht zufrieden und kritisiert eine steigende Zahl von Energiesperren. Besser erreicht man die Menschen lt. **KVOR Glüsing** durch Informationsmaterial, welches den Energieversorgern seitens des Jobcenters zur Verfügung gestellt werden wird. Man darf nicht vergessen, dass ein Datenaustausch in dem vorgeschlagenen Sinn immer das Einverständnis der Personen erfordert, welches sicher nicht in jedem Fall erteilt werden wird. **Abg. Krahn** stimmt zu und gibt zu bedenken, dass vermutlich gerade die Personen keine Einverständniserklärung abgeben, bei denen Versorgungseinstellungen zu befürchten sind. Nach seiner Einschätzung bemüht man sich auf Seiten der Energieversorger und Sozialbehörden gleichermaßen, Energiesperren zu verhindern. **Abg. H.-G. Bargfrede** berichtet über seine Kontaktaufnahme mit den Stadtwerken Rotenburg. Dort gibt es vergleichsweise wenig Sperren, da rund 90 % der Betroffenen bereits auf die erste Mahnung reagieren und Sozialleistungsbezieher sich an ihre zuständigen Sachbearbeiter wenden und die Möglichkeiten besprechen. Auf Seiten der Sozialbehörden kann kaum mehr getan werden, an dieser Stelle müsse der Gesetzgeber ggf. die bestehenden Regelungen überdenken bzw. entsprechende schaffen, stellt **Abg. Genter-Mickley** fest. Diesen Punkt aufgreifend regt **Vors. Borngräber** an, zu dem Antrag keine Empfehlung auszusprechen und es bei der bisherigen Praxis der Verwaltung zu belassen. Gleichzeitig soll die Verwaltung mit dem Jobcenter des Landkreises Aurich hinsichtlich des dortigen Pilotprojektes Kontakt aufnehmen und über den NLT in Erfahrung bringen, ob Änderungen seitens des Gesetzgebers zu diesem Thema geplant sind oder der NLT ggf. Kenntnis von bestehenden Initiativen diesbezüglich hat. Dem stimmen die übrigen Ausschussmitglieder einvernehmlich zu.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Besetzung des örtlichen Beirats für das Jobcenter**
Vorlage: 2011-16/1264

Unter Bezugnahme auf die Beschlussvorlage teilt **KVD'in Colshorn** mit, dass über die Besetzung des örtlichen Beirats für die Berufsbildenden Schulen neu zu entscheiden ist, da Herr Harry-Peter Bauer, bisheriges Ersatzmitglied des örtlichen Beirats, die BBS Bremervörde zwischenzeitlich verlassen hat und nunmehr eine Empfehlung der Berufsbildenden Schulen für eine Nachbesetzung vorliegt.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Als Mitglied und Ersatzmitglieder für den örtlichen Beirat beim Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) werden berufen:

für die Berufsbildenden Schulen:

Mitglied: Frau Katharina Engelhardt
Ersatzmitglied: Herr Eckhard Warnken
Ersatzmitglied: Frau Bjela Witassek

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Erhöhung der Kofinanzierung für die Koordinierungsstelle "Frauen und Wirtschaft" im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2011-16/1288

KVOR Glüsing nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage und teilt mit, dass die Förderentscheidung der NBank erfreulicherweise höher als erwartet ausgefallen ist; die höhere Fördersumme ist Ergebnis der aufgehobenen Deckelung. Der Ausschuss bittet um einen kurzen Bericht von Frau Ohle, die im Zuschauerraum anwesend ist. Dieser Bitte folgend schließt **Vors. Borngräber** die Sitzung um 14:48 Uhr und eröffnet die Sitzung anschließend wieder um 15:03 Uhr.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) unterstützt die Arbeit der Koordinierungsstelle „Frauen und Wirtschaft“ für den Förderzeitraum vom 01.10.2015 bis 31.12.2016 mit einer Kofinanzierung von insgesamt bis zu 36.814,26 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Abschluss des Förderprogramms "Perspektive 50 Plus" zum 31.12.2015**
Vorlage: 2011-16/1287

Vors. Borngräber übergibt an VA von Dombrowski, Projektkoordinatorin für das Projekt „Reife Leistung“. **VA von Dombrowski** stellt die Ergebnisse des Projektes, welches für einen heterogenen und vergleichsweise schwierigen Personenkreis auf die Beine gestellt worden ist, anhand einer PowerPoint Präsentation vor (*Anmerkung der Protokollführung: die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt*). Auf Nachfrage von der **Gleichstellungsbeauftragten Pommern** teilt **KVOR Glüsing** mit, dass die absolute Zahl der Zielgruppe der über 50 jährigen in dem Zeitraum bei rund 1.500 Personen gelegen hat. Die Höhe der Fördermittel ist abhängig gewesen von einer vorher vereinbarten festen Integrationszahl. Bei Nichterreichung hätten Fördermittel

erstattet werden müssen. Angesichts der Erwartung einer rückläufigen Integrationszahl bei dieser Zielgruppe sind somit auch die Fördermittel geringer ausgefallen. Die Maßnahme ist nach der Neukonzeptionierung vor allem in 2015 viel erfolgreicher gewesen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, ergänzt **KVD´in Colshorn**. Die Höhe an Fördermitteln lässt nicht automatisch einen Rückschluss auf die Integrationszahlen zu, es kommt auch auf die Gestaltung der Maßnahme an. Die Teilnahme an dem Projekt war im Übrigen freiwillig. **Abg.e Thomforde** erkundigt sich nach den Hintergründen einer Teilnahme. Diese sind vielfältig, erklärt **VA von Dombrowski**. Zum Teil haben die Personen keine Ausbildung gehabt, sich umorientieren wollen oder eine Spezialisierung im erlernten Beruf angestrebt. Auch eine mehrfache Teilnahme ist bei bestehender Arbeitslosigkeit möglich gewesen. **Abg. Krahn** möchte wissen, ob die integrierten Personen im Arbeitsmarkt verblieben sind. Ein belastbares Controlling ist zwar nicht möglich, teilt **VA von Dombrowski** mit, allerdings sind nur nachhaltige Integrationen gezählt worden.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Bericht zum Stand der Umsetzung des SGB II bei Leistungsberechtigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit**
Vorlage: 2011-16/1289

KVD´in Colshorn berichtet einleitend über die stetig zunehmende, aber bislang vergleichsweise unauffällige Zahl der Rechtskreiswechsler. Die Zahl der zu betreuenden Fälle im Sozialamt sinkt jedoch (noch) nicht, da weiterhin neue Asylleistungsberechtigte nachrücken.

KVOR Glüsing gibt anhand von Folien einen Überblick über die Zahlen leistungsberechtigter Unionsbürger und Drittstaatler ausgewählter Länder (*Anmerkung der Protokollführung: die Folien sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt*). Die Zahl der Unionsbürger ist mit etwa 200 überschaubar, meint **Abg. H.-G. Bargfrede**, wohingegen die Zahl der Drittstaatler zuletzt deutlich gestiegen ist. Der überwiegende Teil der Drittstaatler sind weiterhin türkische Staatsangehörige, erklärt **KVOR Glüsing**, jedoch steigt die Zahl der Syrer jetzt monatlich an; im Februar hat es einen Zuwachs von 30 Personen syrischer Herkunft gegeben. Diese Entwicklung bedingt in absehbarer Zeit zusätzliches Personal. Während im Vermittlungsbereich geeignetes Personal regelmäßig nachbeschafft werden kann, leidet der Bereich Transferleistungsbereich mittlerweile an einem Fachkräftemangel, so dass selbst das nach der Umstrukturierung verkleinerte Personalniveau derzeit nicht erreicht wird. Man arbeitet diesbezüglich an Lösungen, ergänzt **KVD´in Colshorn**. **KVOR Glüsing** fährt mit einer PowerPoint Präsentation fort (*Anmerkung der Protokollführung: die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt*). Altersstrukturell gesehen liegt der Schwerpunkt im Jobcenter in der Betreuung und Vermittlung der 15 bis 25 jährigen Personen. Die Kinder im Alter von bis zu 12 Jahren werden über das Bildungssystem ausreichend vorbereitet und bei Personen über 30 Jahren erfordert der Weg in den Arbeitsmarkt über das vorrangige Erlernen der Sprache vor dem Hintergrund abnehmender Lernfähigkeit und auch der kulturell stärkeren Vorprägung regelmäßig ein höheres Maß an Motivation und Durchhaltevermögen. **Abg. Sievert** erkundigt sich, an welcher Stelle geprüft wird, ob ggf. vorhandene berufliche Qualifikationen mit den hiesigen Qualifikationsstandards vereinbar sind. **KVOR Glüsing** berichtet von einem Besuch des Campus in Unterstedt, der mit Zustimmung der Agentur für Arbeit am vergangenen Montag stattgefunden hat. Ernüchternde Bilanz ist eine oftmals behauptete hohe Qualifikation ohne jeglichen Nachweis, der regelmäßig auch nicht beschafft werden kann. Zwar sind 15 Personen entsprechend vorbereitet und motiviert gewesen, angesichts fehlender bzw. unzureichender beruflicher Qualifikation müssen letztlich jedoch nahezu alle beinahe bei Null anfangen. Ein ähnliches Bild hat sich auch bei Durchsicht der bereits im SGB II angekommenen Syrer, Iraner und Iraker ergeben. Auf Nachfrage der **Gleichstellungsbeauftragten Pommerien** zu konkreten Maßnahmen für geflüchtete Frauen, beispielsweise im Pflegebereich, teilt **KVOR Glüsing** mit, dass auch für diesen Personenkreis eine Erhebung zu den Befähigungen erfolgen muss. Hier soll vorerst abgewartet und die Ressourcen an anderer Stelle eingesetzt werden, da die Frauen traditionell bedingt vermutlich vorrangig die Familie betreuen, wirft **Abg. Genter-Mickley** ein. Auf Nachfrage erläutert **KVOR Glüsing**, dass Praktika bereits während des laufenden Asylverfahrens möglich sind, hier gibt es allerdings einiges zu beachten. Unter anderem gilt für bestimmte Praktika der Mindestlohn. Angesichts der vielen Fragen schlägt **Vors. Borngräber** eine Sondersitzung des Ausschusses in sechs bis acht Wochen vor. **KVD´in Colshorn** gibt zu bedenken, dass zunächst weitere Erfahrungen gesammelt werden sollten und ein zeitnahe Anschlusstermin für eine Sondersitzung zu diesem Thema daher nicht zweckmäßig ist. Sie schlägt vor,

dass vorerst das bisherige Verfahren eines monatlichen Austausches zwischen der Verwaltung und dem Ausschussvorsitzenden fortgesetzt und bei Bedarf auf den Vorschlag zurückkommen wird. Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Nachdem es keine Anfragen gibt, schließt **Vors. Borngräber** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Borngräber
Vorsitzender

gez. Colshorn
Dezernentin

gez. Sonnenberg
Protokollführerin